



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

v. Falkenhausen: Bürokraten-Briefe. VII Die Sozialdemokratie und die
deutsche Ehre

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Bürokraten-Briefe*)

Don Unterstaatssekretär a. D. Freiherr v. Falkenhäusen

VII. Die Sozialdemokratie und die deutsche Ehre

Alte, schon verharste Wunden aufreißen nennen Sie das, wenn ich über den vaterlandslosen, verräterischen Parteigeist im deutschen Volke klage? Diese Wunde blutet heute wie damals, und wenn es nicht gelingt, sie zu schließen, werden wir uns daran verbluten! Nur deshalb habe ich es über mich gewonnen, der Wurzel des Übels psychologisch nachzugraben, um Sie von seiner furchtbaren Gefahr zu überzeugen und von der Notwendigkeit, daß alle, die sie erkennen, sich ohne jede Rücksicht auf ihre Parteistellung zu seiner Bekämpfung zusammenschließen. Sie hörten es ja: ich werbe um Ihre Seele! Und Sie mahnen mich, den Blick nach vorn zu richten und nicht rückwärts zu starren auf Dinge, die abgetan und nicht mehr zu ändern sind! Freilich, den schrecklichen Fall des Vaterlandes kann keine Reue und keine Erkenntnis mehr ungeschehen machen. Aber derselbe Geist, der uns in die Niederlage hineingetrieben hat, lähmt jetzt die Kräfte, die wir bitter nötig haben, um uns wieder aufzurichten. Ja, er drängt uns von Tag zu Tag tiefer in den Abgrund hinein, dieser Geist der Zwietracht und inneren Zersetzung, diese Sucht, es mit dem Feinde gegen das eigene Volk zu halten.

Sie wollten nichts davon hören, als ich neulich auf die Unterstützung, ja auf die Bestärkung hinwies, die das Bestreben der Feinde, uns zu vergewaltigen, in Deutschland selbst auf der äußersten Linken findet. Ich kann Ihnen nicht folgen, wenn Sie diese Verräterei als Entgleisung vereinzelter Fanatiker abtun. Es handelt sich um planmäßiges Vorgehen und um eine Bewegung von beträchtlichem Umfange. Ihr Erfolg ist jedenfalls handgreiflich, und das Land muß ihn teuer bezahlen. Das feindliche Ausland nimmt diese Leute ernst, gibt sich wenigstens den Anschein, sie ernst zu nehmen, weil die Vorwände, die sie gegen Deutschland liefern, seinen Unterdrückerneigungen zustatten kommen.

Aber Sie sollen mit den Taten dieser Helden verschont bleiben. Auch Eisners Anschwärzungsversuch und den Skandal der Kautskyschen Aktienveröffentlichung will ich nur nebenbei erwähnen. Aus dem Lager der Regierungsparteien, ja, so unglaublich es klingt, aus dem der Regierung selbst sollen Sie Belege dafür erhalten, daß die Neigung, in das feindliche Horn zu stoßen, wenn es nur dem inneren Parteistreit frommt, nach wie vor ihr Unwesen in Deutschland treibt und immer neues Unheil anrichtet. Ich bitte Sie, nur das schon mehrfach berührte Kapitel der feindlichen Kriegsschuldverdächtigungen aufzuschlagen und sich die Frage vorzulegen: erfüllt die Regierung ihre Pflicht, die Ententelügen über Deutschlands Verantwortlichkeit am Kriege, über die Unmenschlichkeit seiner Kriegführung, über seinen Widerstand gegen einen gerechten Frieden mit aller Entschiedenheit und Beharrlichkeit zu bekämpfen? Oder hat man sich auf ihrer Seite jene Entstellungen der Wahrheit mehr oder weniger zu eigen und zu nütze gemacht, um das alte, das kaiserliche Regiment vor dem Volke bloßzustellen?

*) Nachstehende „Bürokraten-Briefe“ des bekannten Verfassers stammen aus dem Winter 1919/20. Siehe auch „Grenzboten“ 1920, Heft 44/45, 46, 47/48, 49, 50/51, 1921, 1. Ein weiterer Brief folgt im nächsten Heft.

Über die Dringlichkeit der Unschädlichmachung jener Lügenpropaganda ist kein Wort zu verlieren. Es liegt klar vor aller Augen, welche Wunden sie dem deutschen Ansehen und den deutschen Interessen geschlagen hat. Ihr und der durch sie der Menschheit aufgezwungenen Vorstellung von Deutschlands Schuld an und im Kriege hatten wir, neben der Furcht vor der englischen Seemacht, die mehr als fühle Haltung der Neutralen zu verdanken. Die Selbstentflechtung der Entente bei der Vergewaltigung des wehrlosen Deutschlands hat zwar den Glauben an ihre Darstellung erschüttert, einen Stimmungsumschwung eingeleitet, hier und da auch wirklich herbeigeführt. Aber es ist echt deutsche Selbsttäuschung, an eine allgemeine Bekehrung der öffentlichen Meinung in den neutralen Ländern zu unseren Gunsten zu glauben. In allzu vielen Köpfen steckt der alte Wahn noch fest und tut nach wie vor seine Wirkung. Für das Ansehen Deutschlands in der Welt, für die Sympathie der Völker, für unsere Beziehungen zu ihnen ist es dringend notwendig, daß die Wahrheit endlich ans Licht kommt.

Es steht noch mehr auf dem Spiele. Die Fiktion von Deutschlands Kriegsschuld ist die Grundlage, auf der die Entente den uns vernichtenden Frieden von Versailles aufgebaut hat. Auf keine andere Weise kann sie versuchen, die unerhörten, wider Treu und Glauben uns aufgezwungenen Bedingungen notdürftig zu rechtfertigen und den schreienden Widerspruch zu verhüllen, in dem sie zu den von ihr selbst unausgesprochen im Munde geführten und uns im Tone sittlichster Empörung vorgehaltenen Grundsätzen von Freiheit, Gerechtigkeit und Selbstbestimmungsrecht stehen. Mit der Widerlegung jener Fiktion ist also der Schmach- und Vernichtungsfriede moralisch entwurzelt. Aller wirksameren Waffen beraubt, müssen wir wenigstens diese moralische Waffe in die Hand zu bekommen suchen. Auch dazu ist es nötig, das Lügengewebe zu zerreißen.

Gibt es in dieser Lage für das deutsche Volk, gibt es für seine Regierung eine dringendere Aufgabe als den Kampf um die Wahrheit? Alle seine Geisteskräfte, die besten Federn, das letzte Stück Druckpapier mußte daran gesetzt werden, um einen Feldzug zu eröffnen, der mit dem gleichen Nachdruck und ebenbürtiger Zähigkeit, aber mit würdigeren Mitteln arbeitend, die Wirkung der Northcliffe'schen Kriegspropaganda zunichte machte. Wir haben es ja so unendlich viel leichter! Die Feinde mußten offensichtliche Tatsachen leugnen, fälschen und auf den Kopf stellen; wir brauchen nur klar, bestimmt und immer von neuem die Wahrheit zu sagen. Wir brauchen uns nur darauf zu berufen, daß wir ein Menschenalter hindurch, unter Versäumung aller Gelegenheiten zu aussichtsvoller Kriegseröffnung, Frieden gehalten haben, während wir unsere Feinde in der ganzen Welt Kriege führen und Eroberungen machen ließen. Wir brauchen nur an die beharrliche Unverfrorenheit zu erinnern, mit der in Frankreich diese ganze Zeit hindurch der Nachkrieg gegen Deutschland und die Wiedereroberung der deutschen Reichslande von den einflussreichsten Stellen, ja, unter amtlicher Flagge gepredigt und als heiligste Aufgabe der Nation gefeiert worden ist; an die Deutschenhebe des russischen Panславismus, der „über Wien“ — und Berlin — nach Konstantinopel strebte; an die Reden und Schriften englischer Politiker mit dem Motto: „Germaniam esse delendam“; an den Offensivcharakter des Zweibundes, der Entente und der Einkreisungspolitik König Eduards VII., bewiesen durch den von Frankreich verlangten und bezahlten Bau der strategischen Bahnen im westlichen Grenzgebiete Rußlands, bewiesen durch

die Art der militärischen und maritimen Abmachungen und durch die unverhüllte Zusage bewaffneter Hilfe, mit der die britische Regierung der französischen bei Zwischenfällen mit Deutschland — z. B. nach Agadir im Jahre 1911 durch Lloyd Georges bekannte Rede — aufmunternd den Rücken zu stärken versuchte; bewiesen endlich durch zahlreiche Berichte belgischer Diplomaten, in denen die Ententepolitik unter dringender Warnung als der Weg zum Weltkriege bezeichnet wird. Wir können also beweisen, daß der Vorwurf der Feinde, wir hätten den Krieg gewollt und von langer Hand vorbereitet, nichts anderes ist als der Ruf des Spitzbuben: Haltet den Dieb!

Wir können auch beweisen — und gerade die von Kautsky veröffentlichten Aktenstücke mit den Randbemerkungen des Kaisers bestätigen das —, daß unsere Regierung im Juli 1914, als die serbische Frage zum Zusammenstoß zwischen Österreich und Rußland zu führen drohte, geradezu verzweifelte Anstrengungen gemacht hat, um unter heftigem Druck auf den Verbündeten und auf die Gefahr einer schweren diplomatischen Niederlage hin den Ausbruch des Weltkrieges zu verhüten, bis es der russischen Kriegspartei gelang, durch die trotz Gegenbefehls des Zaren durchgeführte Mobilmachung die Tür zum Frieden zuzuschlagen. Wir haben Zeugnisse dafür, daß England, dem es nur ein Wort gekostet hätte, die Kriegslust seiner Ententegefährten zu zügeln, statt dessen durch Zusicherung seiner Waffenhilfe Öl ins Feuer gegossen hat. Was würde es demgegenüber besagen, wenn, wie die Gegner — beweislos — behaupten, Deutschland den österreichischen Entschluß, mit dem seinen Frieden seit Jahren bedrohenden kleinen Nachbar nach der Mordtat von Serajevo endgültig abzurechnen, begünstigt oder gar bestärkt hätte? Nichts, als daß es so unvorsichtig gewesen wäre, den zu seiner Niederschlagung verbundenen Verschwörern das Streichholz anzuzünden, das sie geschickt benutzten, um die von ihnen seit Jahren gelegte und geladene Mine zum Aufspringen zu bringen.

Um den Vorwurf barbarischer Kriegsführung auf das Haupt der Ankläger zurückfallen zu lassen, bedarf es nur der Herausgabe der händefüllenden Sammlung von Beweismitteln über feindliche, namentlich französische Untaten an Kriegsgefangenen, verschleppten und internierten Zivilpersonen, Frauen und Kindern, die bisher in den Aktenchränken unserer Behörden sorglich geheim gehalten wurden — von Scheußlichkeiten wie dem Baralongfall und den russischen Bestialitäten in Ostpreußen nicht zu reden. Es genügt, die abgefeimten Niederträchtigkeiten und Rechtsbrüche des englischen Wirtschafts- und Blockadekrieges ins rechte Licht zu setzen, um zu zeigen, daß alles, was Deutschland vorgeworfen wird, soweit es sich nicht um bestrafte oder der Bestrafung harrende Ausschreitungen einzelner oder um Phantastien unzurechnungsfähiger oder gewerbsmäßiger Erfinder von „Gummengreueln“ handelt, nichts ist als zögernd und schonend geübte Notwehr.

Bedarf es überhaupt noch eines Nachweises, daß Deutschland kein Friedenshindernis war, daß es zu jedem annehmbaren Frieden bereit gewesen wäre, und daß die Verständigung nur daran gescheitert ist, daß die Feinde sie nicht wollten, sondern hartnäckig den Diktatfrieden anstrebten? Ein klassischerer Zeuge dafür ist kaum denkbar als Graf Czernin, der, selbst mit aller Kraft zum Frieden drängend, Verfasser der Denkschrift über den bevorstehenden Zusammenbruch Österreich-Ungarns und ständig auf gespanntem Fuße mit unserer Heeresleitung, in der ganzen Kriegszeit, die er überblickt, nur einen einzigen Augenblick zu nennen weiß, in dem

vielleicht unter schweren Opfern ein Friede von der Entente zu erreichen gewesen wäre.

Haben wir nicht überhaupt für die Güte unserer Sache und für die Schuld unserer Feinde sozusagen ein Eingeständnis aus ihrem eigenen Munde? Sie haben die von Deutschland angebotene unparteiische Untersuchung der Schuldfrage mit der läppischen Begründung abgelehnt, Deutschlands Schuld stehe auch ohne Prüfung außer Zweifel. In der ganzen Welt pflegt eine solche Weigerung, die eigenen Behauptungen nachprüfen zu lassen, mit Hohnlachen als Schuld- und Lügenbekenntnis gebucht zu werden.

Was ist bei uns geschehen, um diese erdrückende Fülle von Beweisen zu bewerten? Nichts; weniger als nichts! Keine Zunge, keine Feder rührt sich für die Wahrheit im Lager derer, die Deutschland zu regieren und zu vertreten vorgeben. Was an Beweisen gesammelt war, wird vor dem Lichte der Öffentlichkeit ängstlich behütet. Nicht einmal zur Herausgabe einer Gegenliste feindlicher Kriegsverbrecher als Antwort auf die Schmach der Auslieferungsliste war die Regierung zu bewegen. Dabei weiß diese demokratische Regierung die Bedeutung der öffentlichen Meinung sonst wohl zu schätzen und entwickelt, durch frühere Übung begünstigt, im Spiel auf diesem Instrument eine Rührigkeit und eine Unbefangtheit, die uns alte Bürokraten stauen macht. Minister schreiben Zeitungsartikel und reden in Versammlungen; sogar der französische Brauch des öffentlichen Anschlags ihrer Parlamentsreden ist, im Grundsatz wenigstens, von uns übernommen. In der Zentrale für Heimatdienst ist unter Aufwendung gewaltiger Mittel eine großartige Organisation zur Bearbeitung der Öffentlichkeit im Sinne der herrschenden Richtung geschaffen. Für alle möglichen Ideen und Aufgaben wird dort in Wort, Schrift und Bild planmäßig eine „großzügige“ Propaganda getrieben. Nur von dem wichtigsten aller Aufklärungsziele, von der Verteidigung Deutschlands gegen die Verleumdungen seiner Feinde, hört man kein Sterbenswort. Die einzige Ministerrede, die bisher — im Grundsatz — des öffentlichen Anschlages würdig befunden wurde, war, wie ich Ihnen gleich in Erinnerung bringen werde, keine Abwehr, sondern eine Bekräftigung jener Verleumdungen!

Bei den Friedensverhandlungen wurde den Feinden eine Denkschrift überreicht, die in ihrer Halbsheit wie eine Bitte um mildernde Umstände klang. Man schwang sich allerdings zu dem Antrage auf Untersuchung der Schuldfrage vor einem internationalen Forum auf. Als er aber die eben erwähnte suffisante Ablehnung erfuhr, geschah das Unverzeihliche: Man ließ ihn stumm zu Boden fallen! Dabei bot die dreiste Albernheit der gegnerischen Begründung eine unvergleichliche Waffe, um die Feindeskügel durch Lächerlichkeit umzubringen, die — außerhalb Deutschlands — noch immer tödlich wirkt. Diese Waffe durfte nicht ungeaukt bleiben! Um keinen Preis durfte die abgewiesene Schiedsgerichtsforderung zur Ruhe kommen. Ohne Unterlaß, in unermüdlicher Wiederholung, laut und dringend mußte sie der Entente in die Ohren gellen. Beharrten sie bei der Ablehnung, so mußte der Antrag unmittelbar bei den neutralen Regierungen angebracht werden, und wenn auch die sich weigerten, Deutschland sein Recht zu geben, so mußte man sich an die Autoritäten der Rechtswissenschaft, an die juristischen Fakultäten der neutralen Hochschulen wenden und ihnen unser Altkennmaterial zur Prüfung unterbreiten. So

wurden die Feinde gezwungen, sich entweder der Untersuchung zu stellen oder sich durch Festhalten an der Weigerung eine unerträgliche Blöße zu geben.

Warum ist das alles versäumt worden? So widerwillig man sich davon überzeugt: es fehlt augenscheinlich jedes Interesse an der Abwehr von Beschuldigungen, deren Spitze man gegen die alte, vielgeschmähte und gestürzte kaiserliche Regierung gerichtet glaubt. Daß es im Verkehr der Völker untereinander keine Haftung einzelner Machthaber gibt, daß jeder Staat als Ganzes für die Handlungen seiner Vertreter aufkommen muß und sich durch deren Absetzung nicht von der Verantwortung befreien kann, das will der einseitig aufs Innerpolitische eingestellten Denkart der Herren im Lager der heutigen Regierung immer noch nicht einleuchten. Diese Herren machen gar kein Hehl daraus, daß sie keine Neigung haben, die Verteidigung gegen jene Verleumdungen zu führen, ja, daß sie der Auffassung der Angeifer selbst innerlich nahestehen. Allzu eifrig haben sie, als sie noch in der Opposition standen, die frühere Regierung aus der gleichen Angriffsrichtung selbst bekämpft. Auch hier ist es das Gespenst der eigenen Vergangenheit, das ihnen im Wege steht. Ohne sich selbst zu verleugnen, ohne die Berechtigung ihres eigenen, auf den Sturz der alten Regierung gegründeten Daseins zu verneinen, können sie jene Beschuldigungen gar nicht mit dem gebotenen Nachdruck abwehren. Sie ziehen es vor, ihnen noch jetzt durch eigene Angriffe und „Enthüllungen“ gleicher Tendenz Vorspann zu leisten, ohne Rücksicht darauf, daß die Verantwortung, die sie der früheren Regierung aufzubürden suchen, in dem ohnehin von Fälscherhand geführten Schuldbuch unserer Feinde dem deutschen Volke als solchem zur Last geschrieben wird.

In der Presse der Regierungsparteien nicht nur, sondern in Auslassungen von Vertretern der Regierung selbst finden Sie immer wieder Gehässigkeiten gegen das kaiserliche Regiment, die sich mit den feindlichen Beschuldigungen nahe berühren. Sie erinnern sich der Begründung, mit der die parlamentarische Untersuchung der Kriegsschuldfragen — eben der Fragen, deren internationale Prüfung man unter den Tisch fallen ließ — von Seiten der Regierungsparteien gefordert wurde. Lassen jene Ausfälle gegen das „fluchbeladene“ frühere Regime einen Zweifel, daß man darauf ausging, bei ihm, also auf deutscher Seite, eine Schuld in den zur Untersuchung gestellten Fragen, d. h. am Kriegsausbruch, an Kriegsgreueln, an der Kriegsverlängerung zu finden? Nach außen konnte, wie von der rechten Seite sofort zutreffend eingewandt wurde, eine innerdeutsche Untersuchung gar keine andere Wirkung haben. Da sie von den Feinden selbstverständlich für befangen, und zwar — in grausamer Verleumdung der deutschen Volksseele! — als befangen zugunsten Deutschlands, angesehen wurde, war ihr Ergebnis, sofern es uns entlastete, von vornherein entwertet, während das, was etwa an Belastendem sich ergab, doppeltes Gewicht erhielt. Sie konnte also gar nicht zur Abwehr der feindlichen Beschuldigungen, sondern nur zu ihrer Bekräftigung dienen. Die Vertreter der herrschenden Richtung haben denn auch durch die Art, wie sie die Verhandlungen führten, ihr redliches Bemühen an den Tag gelegt, zu diesem Ergebnis zu gelangen. Nicht ihr Verdienst war es, daß die Wahrheit sich Bahn brach und die Angeklagten schließlich als Ankläger dastanden. Aber es ist bezeichnend, daß seitdem der Geschmack an der Fortsetzung des Verfahrens verlorengegangen ist.

Enthüllt sich Ihnen hier die Tendenz noch nicht deutlich genug, wollen Sie eine offenkundig falsche Verdächtigung der alten Regierung von amtlicher Stelle, so bitte ich Sie, sich der Ministerrede zu erinnern, der, wie schon erwähnt, die Ehre der öffentlichen Verbreitung zugebilligt worden ist — eine Ehrung, die zu vollziehen man sich schließlich allerdings aus triftigem Grunde doch gescheut hat. Es war der Reichsfinanzminister Matthias Erzberger, der im Sommer vorigen Jahres von der Tribüne der Nationalversammlung die frühere Regierung vor der Welt der Hintertreibung einer Friedensmöglichkeit beschuldigte. Die Lage wird Ihnen gegenwärtig sein. Herr Erzberger, durch unbequeme Angriffe bedrängt, lenkte die Aufmerksamkeit von seiner Person ab, indem er die ungeheures Aufsehen erregende Enthüllung unter die versammelten Volksvertreter schleuderte, die kaiserliche Regierung habe im Sommer 1917 einen von der Kurie vermittelten englischen Friedensfühler zunächst vier Wochen verschleppt und dann durch ablehnende Haltung vereitelt. Der Wortlaut und sogar der genaue Inhalt des Schriftwechsels wurde wohlweislich verschwiegen. Als sich seine Bekanntgabe nicht mehr vermeiden ließ, schrumpften nicht allein die vier Wochen, die der damalige Kanzler zur Antwort gebraucht haben sollte, auf etwa die Hälfte zusammen — das englische Friedensangebot selbst enthüllte sich als unverbindliche Anregung eines englischen Gesandten, und zwar als ein ziemlich plumper Versuch, ohne jedes Entgegenkommen von seiten der Entente, ja, unter ausdrücklicher Aufrechterhaltung der von ihr auf unser Friedensangebot bekannt gegebenen vernichtenden Kriegsziele, Deutschland ein einseitiges Zugeständnis über Belgien zu entlocken; als eine Falle mithin, in der sich fangen zu lassen zum mindesten die Harmlosigkeit und Leichterzigkeit des Herrn Erzberger selbst von nöten gewesen wäre. Erzbergers Enthüllung erwies sich also, gelinde gesagt, als eine Vergewaltigung der Tatsachen, mit dem Ziele, die kaiserliche Regierung zu innerpolitischen Zwecken vor dem Volke — und damit vor aller Welt — im Sinne der feindlichen Beschuldigungen als Friedensgegnerin bloßzustellen! Bis die Wahrheit ans Licht kam, konnte er und die von ihm so würdig vertretene Regierung sich eines vollen Erfolges der Überrumpelung erfreuen. Aber um welchen Preis! Ich wollte, Sie hätten, wie ich in jenen Tagen, Gelegenheit gehabt, mit deutschfreundlichen Ausländern über diesen Erfolg zu sprechen. Sie können sich nicht vorstellen, mit welcher Verachtung diese — ausgesprochen demokratisch gerichteten — Männer sich über solche Beschmutzung des eigenen Nestes aussprachen, mit welcher Bitterkeit sie sich darüber beklagten, daß auf diese Weise ihre Bemühungen, Deutschland zu gerechter Beurteilung zu verhelfen, immer wieder von deutscher Seite durchkreuzt würden.

Begreifen Sie jetzt, warum meine Gedanken von diesen Dingen nicht loskommen, warum es mich drängt, dies Unheil vor Ihren Augen zu zergliedern, bis in seine letzten Wurzeln und geistigen Triebe zu verfolgen? Ich sehe in dieser Zerlegungerscheinung die Todeskrankheit Deutschlands, tödlicher als alles, was sonst an seinem Leben zehrt. Wir können die Natur nicht verbessern. Sie hat die Laune gehabt, dem Deutschen ein Nationalgefühl von der Empfindlichkeit und dem Stolge, wie sie es anderen Völkern schenkte, zu versagen. Damit müssen wir uns abfinden. Es ist der Schatten unserer Vorzüge. Aber wenn uns die furchtbare Prüfung dieser Zeit nicht wenigstens jene selbstverständliche Pflicht der Kameradschaft lehrt, die ich neulich dem nationalen Schwunge als bescheidene Mindestforderung des Patriotismus

gegenüberstellte, dann sind wir verloren. Bisher haben alle Schläge und Fußtritte, die wir vom Auslande erhielten, dazu nicht hingereicht. Tagtäglich müssen wir sehen, wie die Parteileidenschaft das kameradschaftliche Ehrgefühl überwiegt. Wenn es gegen den Parteigegner geht, ist es noch immer deutsche Art, mit dem Landesfeinde zusammenzuhalten. Nicht allein einzelne Tollköpfe und Verbrecher: Parteien, die jetzt am Ruder sind, Vertreter der Regierung selbst mußte ich Ihnen in dieser Kampfstellung zeigen. Das kann ein Volk nicht überleben! In unserer entsetzlichen Lage müssen wir alle Hoffnung auf Rettung aufgeben, wenn wir nicht endlich, in letzter Stunde noch lernen, füreinander einzustehen. Das ist es, weshalb ich gegen den widerkameradschaftlichen, treuergessenen, verräterischen, antinationalen Geist mit allen Kräften meiner Seele kämpfe. Das Leben des deutschen Volkes hängt daran, daß wir ihn ersticken. Gegen ihn muß sich zusammenschließen, was immer zum Vaterlande hält, seine Rettung will und seine Gefahr erkennt. Alle Meinungsverschiedenheiten und Parteiunterschiede müssen in dieser Not versinken. Hier ist die Linie, wo die Geister sich scheiden: Wem das Vaterland über alles geht, gehört auf unsere Seite! Dafür werbe ich Ihre Seele.



Österreichs östliche und westliche Orientierung, Anschluß und Donauföderation

Von Prof. R. F. Kaindl (Graz)



Während des letzten Wahlkampfes hat der frühere Staatskanzler, der Sozialdemokrat Dr. Renner, erklärt, die östliche Orientierung Österreichs hätte in dem Streben des Hauses Habsburg bestanden, seine Machtstellung nach Osten zu erweitern. Diese östliche Orientierung sei schließlich durch den Krieg mit Serbien die Endursache zum Verfall Österreich-Ungarns geworden und durch den Vertrag von St. Germain endgültig abgeschlossen. Das Ziel der jungen Republik Österreich sei die Wiederaufnahme und enge Knüpfung der Bande zu allen Weststaaten, verstärkt durch den notwendigen handelspolitischen Neuaufbau der Beziehungen zu den Sukzessionsstaaten und den Staaten des Ostens.

Von diesen Behauptungen hat vor allem die über die Wiederaufnahme und enge Knüpfung der Bande zu allen Weststaaten Widerspruch erweckt. Die von Renner schon auch früher betonte „westliche Orientierung“ steht im offensten Widerspruch zum Anschlußstreben. Seine Stellung kommt zudem den wiederholten Versuchen der Westmächte, Österreich von Deutschland abzuziehen, entgegen. Die richtige Antwort darauf hat der greise Kaiser Franz Josef dem englischen König im Sommer 1908 in Jßhl gegeben. Österreich ist freilich seit diesem Moment in die Einkreisung einbezogen worden und hat seine Treue schwer gebüßt. Einen anderen Standpunkt kann aber Österreich auch heute nicht einnehmen. Seine westliche Politik kann nur die Großdeutschlands sein! Darüber weitere Worte zu verlieren ist kaum nötig.